

Christian Wolff

Pegida/Legida, Sachsen und die SPD – einige Überlegungen zur gesellschaftspolitischen Lage im Frühjahr 2016 vorgetragen beim Treffen des Willy-Brandt-Kreises in Potsdam am 26. Februar 2016

1 Vorbemerkung

Was ist los in Sachsen? Was läuft schief? Diese Fragen werden spätestens nach den Übergriffen auf Geflüchtete in Clausnitz und Bautzen gestellt. Doch ist es viel zu kurz gegriffen, wenn wir uns Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus als rein ostdeutsche Phänomene mehr oder weniger schönreden und/oder darauf einzugrenzen versuchen. Ein Meister dieses Faches ist der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz. Für ihn sind Pegida, AfD und diejenigen, die als Täter für die Übergriffe verantwortlich sind, letztlich späte Opfer eines misslungenen Vereinigungsprozesses, allein gelassen mit ihren Sorgen und Ängsten und unverstanden von Politikern, die allesamt und zwangsläufig unter narzistischen Störungen leiden und darum krankhaft handeln. Nach Maaz sind aber Pegida und AfD diejenigen, die am deutlichsten zeigen, wie verfehlt die Politik ist: Rüstungsexporte, Ausbeutung der 3. Welt, Klimakatastrophe, Amerikahörigkeit, Russlandschelte. Sein Rezept: Man muss eben alles, was jetzt die verletzte ostdeutsche Seele weiter beschädigt, außen vorlassen – insbesondere die Flüchtlinge, aber auch alle anderen negativen Einflüsse der Globalisierung. Im Gegensatz zu solch kruden Analysen bin ich der Überzeugung, dass in Sachsen derzeit etwas aufbricht, was latent und schon lange unter der Oberfläche unserer Gesellschaft schlummert und nur eines Anlasses bedurfte, um sich Bahn zu brechen: der Aufschrei derer, die um ihre kleine, mehr oder weniger heile Welt fürchten, u.a. auch deswegen, weil es ihnen an jedweder Vision, Transzendenz, globale Perspektive mangelt. Die Flüchtlingssituation ist nicht die Ursache, sondern allerhöchstens der Auslöser dafür, dass – vielleicht und hoffentlich – im richtigen Moment in Sachsen die rechte Blase platzt und sichtbar wird, was mit einer Gesellschaft geschieht, wenn sich über 25 Jahre der Rechtsextremismus mehr oder weniger ungestört ausbreiten kann. Jedenfalls habe ich in den vergangenen Monaten mehr und mehr nachvollziehen können, was ich bisher nie so richtig verstanden habe: warum es Ende der 20er Anfang der 30er Jahre im 20. Jahrhundert in Deutschland zum Siegeszug des Nationalsozialismus kommen konnte. Und ich habe begriffen, dass der Rechtsextremismus nicht durch Neonazis stark wird, sondern durch die Bürgerinnen und Bürger, die sich – Hemmungen fallend lassend und Werte entwertend – dem rechten Gedankengut annähern.

2 Der Sarrazin-Hype

Ich fange mit einer persönlichen Reminiszenz an. Am Ende eines jeden Jahres habe in meiner aktiven Zeit als Gemeindepfarrer einen Rückblick geschrieben, in dem ich unterschiedliche Ereignisse theologisch, kirchlich, politisch kritisch reflektiert habe. Ende 2010 machte ich mir auch Gedanken zum Buch von Thilo Sarrazin „*Deutschland schafft sich ab*“:

Gefährlich allerdings sind für mich die Beweggründe eines großen Verlages und verdächtig vieler Medien, ein solches Buch auf den Markt zu werfen und zu einem Großereignis zu pushen. Offensichtlich sollen menschenverachtende Pauschalurteile, eugenische und nationalistische Diktionen, die mit den Grundwerten unseres Glaubens (und unserer Verfassung) und mit einem respektvollen Umgang auch mit schwierigen

Menschen nicht vereinbar sind, salonfähig gemacht werden. Vor allem sollen moralisch gebundene Grundpositionen als für Bereinigungsstrategien hinderlich diskreditiert werden. Also werden diejenigen, die sich illusionslos und unverdrossen der Integrationsaufgabe stellen, mit einer verächtlichen Überheblichkeit als „Gutmenschen“ verhöhnt – wobei ich es als einen Tiefpunkt in der politischen Debatte betrachte, wenn der Begriff „guter Mensch“ zum Schimpfwort geriert. Und ebenso frage ich mich, wieso derzeit so leichtfertig vom „Scheitern der Integration“ gesprochen wird. Dabei ist in unserem Land das Gelingen von Integration die Regel – auch dank des Integrationswillens vieler Ausländer/innen. Doch eine solche Sicht können die nicht gebrauchen, die jetzt die Zeit gekommen sehen, sich von gesellschaftlichem Ballast zu „befreien“. Mehr denn je stehen wir aber vor der Aufgabe, uns so verschiedene Menschen als Geschöpfe Gottes anzuerkennen und uns gegenseitig abzuverlangen, diesem Geschenk gerecht zu werden.

3 Situation in Leipzig

Als ich Mitte November 2014 erstmals von Pegida in Dresden hörte, hatte ich zwei Gedanken:

- Die NPD, die nach den Landtagswahlen in Sachsen im August 2014 knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte, hat sich nicht in Luft aufgelöst, genauso wenig wie das rechtsradikale Wählerpotential, das sich nach wie vor um die 15 Prozent bewegt. Allein der Einzug der AfD in das sächsische Landesparlament unterstreicht dies eindrucksvoll.
- Pegida ist eine der Folgen des Sarrazin-Hypes, der übrigens in Dresden seinen größten Publikumserfolg hatte – vor einem sehr bürgerlichen Publikum.

Als dann bekannt wurde, dass Anfang Januar 2015 in Leipzig ein Pegida-Ableger, nämlich Legida (Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) aufmarschieren will, habe ich zusammen mit anderen ein Willkommens-Bündnis organisiert. Unter dem Motto „*Willkommen in Leipzig – eine weltoffene Stadt der Vielfalt*“ gelang es Gewerkschaften, Kirchen, Parteien (bis auf die CDU, aber immerhin Mitglieder der CDU), Oberbürgermeister Burkhard Jung, alle Bürgermeister, die Rektor/innen aller Hochschulen, IHK und Handwerkskammer und viele Bürgerinnen Bürger zu vereinen. Sie riefen zu einer großen Demonstration an dem Tag auf, an dem Legida zum ersten Mal in Leipzig aufschlagen wollte. In dem Aufruf hieß es:

Wir treten ein

für das Grundrecht auf Asyl

für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen

für eine Willkommenskultur für Einwanderer

für religiöse und weltanschauliche Vielfalt

für die Achtung unterschiedlicher Lebensentwürfe

für eine demokratische Streitkultur

für Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung

Demokratie kann nur von allen Bürgerinnen und Bürgern verantwortet und gestaltet werden.

Ergänzt um die Forderung einer intensiven Integrationsarbeit hat dieser Aufruf bis heute Bestand – auch deshalb, weil in ihm ausschließlich positive Ziele formuliert werden und er sich nicht an Pegida/Legida abarbeitet. 2015 hat sich in dem Netzwerk folgende Arbeitsweise herausgebildet: Wir versuchen nicht, alle Beteiligten auf eine einheitliche inhaltliche Position zu verpflichten. So gibt es neben dem Willkommens-Bündnis in Leipzig noch folgende Initiativen: No-Legida (Mobilisierung über Facebook), Leipzig nimmt Platz (alternative Szene), Legida läuft nicht (Studierende der Hochschulen) und der Erich-Zeigner-Haus e.V.. Nicht

aufgeführt sind die sog. Antifa-Gruppen, mit denen wir keinerlei Zusammenarbeit gesucht haben. Ihre leider mehrfach unter Beweis gestellte Gewaltbereitschaft verbietet jede Kooperation. Wer Gewalt von vornherein plant, wer Steine oder Brandsätze in Büros oder Wohnungen von politischen Gegnern wirft, wer sich selbst einer menschenverachtenden Sprache bedient, darf auf keinerlei Solidarität hoffen – dessen Ziele können auch nicht die meinen oder die unsrigen sein.

Immerhin gelang es durch diese Bündnisstruktur, dass am 12.01.2015 über 35.000 Menschen sich an den Demos und an der gemeinsamen Kundgebung beteiligten – bei 4.000 Teilnehmer/innen an der Legida-Demonstration. Auch konnte so erreicht werden, dass

- die Teilnehmerzahl von Legida kontinuierlich schrumpfte: von 4.000 auf ca. 300-400;
- immer mehr Gegner/innen von Legida auf der Straße waren als Teilnehmer/innen an den Legida-Kundgebungen;
- Legida im Dezember 2015 pausierte und jetzt nur noch einmal im Monat auftritt;
- rechtsradikale Gruppierungen wie „Offensive für Deutschland“ (OfD) oder „Der Dritte Weg“ keinen Fuß fassen konnten;
- Werke wie BMW und Porsche, aber auch die Messe GmbH sich für das Willkommensbündnis engagieren.

Von den Medien wurde dies kaum wahrgenommen. Gerade die Lichterkette am 11.01.2016 ging medial völlig unter, was nicht nur an dem massiven Gewaltexzess von Neonazis im Stadtteil Connewitz am selben Abend lag. Da war man im Vorfeld auf den einjährigen Geburtstag von Legida fixiert – was an sich schon ziemlich albern ist. Mir scheint, dass es eine mediale Blindheit gibt, die sich auf alles Spektakuläre stürzt, aber das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, nämlich das zivilgesellschaftliche Engagement der Demokrat/innen, ziemlich arrogant übergeht. Das verlangt allen, die an solchen Aktionen beteiligt sind, ein hohes Maß an Frustrationsbereitschaft und Überzeugungskraft ab.

4 Der alltägliche Rechtsextremismus

Das allerdings darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gedankengut von Pegida/Legida bis weit in die sog. Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist und die Alternative für Deutschland (AfD) trotz oder gerade wegen ihrer Radikalisierung weiter Zulauf hat. Mehr noch: 2015 bis heute wurden weit über 1.000 Straftaten gegen Geflüchtete, Asylbewerber und deren Unterkünfte begangen. Die Aufklärungsquote liegt im zweistelligen Bereich. Doch noch verheerender sind die Reaktionen auf diese Straftaten. Das wurde nach den Exzessen in Clausnitz am 18. Februar 2016 wieder sichtbar. Da wird zwar Empörung an den Tag gelegt, aber gleichzeitig werden die Täter zum „Pack“ oder „Mob“, zu „Verbrechern, die keine Menschen“ sind, zu einer kleinen verirrten Minderheit erklärt – und die Polizei hat meistens alles richtig gemacht. Wann endlich aber wird gesehen, dass es nicht der Mob ist, der die Zugänge zu Flüchtlingsunterkünften versperrt? Es sind ganz normale Bürgerinnen und Bürger, keine alkoholisierte Verbrecher. Es sind Menschen, die nichts dabei finden, auf Schwächere loszugehen, die – wie Tatjana Festerling von Pegida es klar zum Ausdruck gebracht hat – „auf Anstand schießen“. Aber das steht nicht isoliert im Raum: Da sind die vielen Menschen in den Ortschaften, aber auch an den Bildschirmen, die offen und klammheimlich begrüßen, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen oder die Ankunft von Geflüchteten blockiert wird. Wie sonst ist zu erklären, dass trotz der Anschläge und der offensichtlichen Nähe der Täter zur AfD deren Zustimmungsrate kontinuierlich steigt? Da findet ein Landrat nichts dabei, ein bekennendes AfD-Mitglied mit der Leitung der Asylunterkunft in Clausnitz zu betrauen, dessen Bruder dann

zu den Organisatoren der fremdenfeindlichen Aktion vom vergangenen Donnerstag gehört. Da ist es zu einer Normalität geworden, dass diejenigen, die seit über einem Jahr die Hetz- und Hassreden bei Pegida beklatschen, zu „besorgten Bürgern“ erklärt werden, für die man Verständnis aufbringen müsse – es wird aber nicht der Wortlaut der montäglichen Hetz- und Hassattacken zitiert, sondern nur lapidar berichtet, dass Pegida wieder einmal die Flüchtlingspolitik der Regierung kritisiert hat. Doch die systematische Hetze setzt bewusst und gezielt Gewaltbereitschaft frei. Beispiel: Tatjana Festerling bewunderte am vergangenen Montag unter dem Jubel der 3.000 Pegida-Anhänger den „*Mut der Bürger von Clausnitz*“ und sprach wieder einmal von Flüchtlingen als „*skrupellosen Invasoren*“. Klar, dass sie, die auf Anstand schießt, sich nicht schämen kann für die Attacken der 100 Clausnitzer gegen Geflüchtete. Wenn man dann bedenkt, dass es inzwischen Gang und Gebe ist, dass AfD-Funktionsträger bei Pegida und Legida auftreten (und umgekehrt), dann wird offensichtlich, was hier vorgeht: die Inszenierung eines rechtsextremistischen Bündnisses im bürgerlichen Raum.

5 Einschätzung

Nun ist aber die Frage, wie denn die Gesamtsituation einzuschätzen ist. Dazu ein paar Überlegungen:

5.1

Unabhängig von der Flüchtlingsfrage wird seit Jahren versucht, in der Gesellschaft rechtes Denken zu implementieren, das – vielleicht nicht immer bewusst - anknüpft an die nationalsozialistische Ideologie. Dieses Denken zeichnet sich vor allem dadurch aus, nationale Identität nicht aus sich heraus, sondern in Abgrenzung, vor allem Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen zu bestimmen. Dieses nationalistisch-selektive Denken ist eine Säule des Rechtsextremismus. Hinzu kommt, dass durch die mangelnde Akzeptanz des demokratischen Aufbaus der deutschen Nachkriegsgesellschaft nach 1989/90 in Ostdeutschland und durch die intensive Bewerbung Ostdeutschlands durch den organisierten Rechtsextremismus ein Nährboden vorhanden war und ist für jede Form von Menschenverfeindungs: Fremdenfeindlichkeit und militante Aggression gegen Andersdenkende. Der üble Satz der Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling, mit dem sie am 11. Januar 2016 in Leipzig zu Straftaten aufrief, ist dafür ein alarmierendes Beispiel: „*Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.*“ Genauso ist auch ihr Gedanke zu bewerten: Hinter den Hooligans, die die „*blonde, weiße Frau*“ (Björn Höcke) schützen, verberge sich „*eine Rebellion gegen unsere feminisierte Kultur, die Frauen und Muslime fördert und weißen Männern den Krieg erklärt.*“

5.2

Schon in den 90er Jahren habe ich mich gefragt, wann das ostdeutsche „‘68“ nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Deutschen Einheit eintreten und wie es aussehen wird. Das westdeutsche ‘68 setzte ca. 25 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus ein und hatte eine grundlegende Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens und der Demokratie zur Folge – begleitet von Verwerfungen: eine starke NPD auf der einen und die RAF auf der anderen Seite. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution befindet sich unsere Gesellschaft wiederum in einer Zeitenwende – gerade auch in Ostdeutschland. Kein Wunder, dass gesellschaftliche Konflikte in dem Moment aufbrechen, in dem viele

dachten: jetzt kann die Deutsche Einheit als gelungen und als weitgehend abgeschlossen gelten. Ja, viele Ostdeutsche sind im neuen Deutschland angekommen. Die Generation, die um 1989 geboren wurde, hat inzwischen das Alter erreicht, da Familien gegründet werden und Ausbildungsgänge abgeschlossen sind. Umso schwieriger wird es für die heute 50-70-Jährigen, die 1989/90 vor allem als eine große Störung einer gesicherten Existenz erlebt haben. Sie haben die ihnen abverlangten Veränderungen weniger als Befreiung, schon gar nicht als Aufbruch zur Demokratie denn als große Anstrengung verbunden mit Verwerfungen in der Familie, dem sozialen Umfeld, der Arbeitswelt erfahren. Und nun, 25 Jahre danach, sehen sie eine Entwicklung auf sich zukommen, die sie erneut tief verunsichert: die Geflüchteten. Das erzeugt große Ängste und Frustgefühle. Gleichzeitig sehen sie, dass das neue Deutschland, repräsentiert durch Parlamente und Regierungen, alles mitmacht, was sie zutiefst ablehnen: Kriegseinsätze, Rüstungsexporte, Isolierung Russlands, Abbau der sozialen Gerechtigkeit, Nähe zur USA. Politik und Demokratie sind für diese Menschen bedrohliche Felder, auf denen sie nie heimisch geworden sind. In dieser Gemengelage sind Menschen vor allem in Ostdeutschland für Elemente der rechtspopulistischen Ideologie empfänglich, ja diese erscheinen ihnen attraktiv: Demokratieverachtung, Politiker-Bashing, Absage an Pluralität und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, ideologische Abschottung gegenüber dem Islam, Ablehnung einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft, Russlandfreundlichkeit, Diskursverweigerung und eine niedrige Hemmschwelle zur Gewalt. Genau diese Ideologie wird derzeit durch Pegida/Legida und die AfD bedient, ist aber in den vergangenen 25 Jahren schon längst in vielen Ortschaften durch die NPD und rechtsradikale Kameradschaften implementiert worden und kann nun abgerufen werden. Warnungen, Einsprüche insbesondere in den Medien, lässt man nicht gelten, weil diese als Säule eines Systems angesehen werden, das nun offen abgelehnt wird. So kommt es zu der Absurdität, dass diejenigen, die jetzt bei Pegida/Legida mitlaufen, eine Anknüpfung an die Friedliche Revolution 1989 reklamieren („Dafür sind wir nicht um den Ring gegangen“ bzw. „Wir sind das Volk“), obwohl sie an den entscheidenden Demonstrationen im Oktober 1989 nicht teilgenommen haben. Die Aufgabe wird nun darin bestehen, dass wir in einen streitigen gesellschaftlichen Diskurs eintreten, durch den möglichst viele Menschen sich die freiheitliche Demokratie neu aneignen können. Das wiederum macht erforderlich, dass wir wieder viel stärker in Alternativen denken und dass die politischen Parteien unterschiedliche, profilierte Politikangebote machen – allerdings die durchaus wichtige Polarisierung mit der Notwendigkeit des Kompromisses verbinden.

5.3

Die starke Verunsicherung, die derzeit eine größer werdende Anzahl von Menschen verspürt (Gott sei Dank nicht die Mehrheit), ist Ausdruck davon, dass die unaufgebbaren Grundwerte, deren Akzeptanz wir den Geflüchteten zu Recht abverlangen, weder bewusst sind noch auf einem Konsens beruhen. Mehr noch: Sie werden von denselben Leuten infrage gestellt bzw. beiseite geschoben, die sie von Migranten wie selbstverständlich einfordern. Das Paradebeispiel ist die Kritik an der Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage. Merkel hat Anfang September 2015 den Grundwert der Menschenwürde über die politische Opportunität gestellt – und wird dafür seit Monaten geprügelt, insbesondere von der CSU und Horst Seehofer. Im Mittelpunkt der Kritik steht bezeichnender Weise nicht, was Merkel bzw. die Bundesregierung seit dieser Zeit versäumt haben zu tun – und das ist eine Menge. Im Mittelpunkt steht ihre Haltung, Menschen menschlich zu behandeln. Wie soll aber die Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) als absoluter Maßstab

vermittelt werden, wenn er ständig durchlöchert wird? Wir müssen uns also verständigen über die Grundwerte, wie wir sie selbst anwenden wollen und wie wir das Verhältnis von Grundwerten zu realem politischen Handeln sehen – und das ist nicht zuletzt eine sozialpolitische Herausforderung.

5.4

Wir brauchen die offene Debatte, den streitigen Diskurs. Wir brauchen die Bereitschaft, diese mit offenem Visier auf allen Ebenen zu führen. Nur so kann sich eine demokratische Streitkultur entwickeln, an der es uns mangelt. Natürlich müssen wir mit jedem reden, auch mit Anhängern von Pegida/Legida und der AfD. Aber wenn wir dies tun, dann muss deutlich bleiben und werden, von welcher Position aus wir in die Debatte einsteigen und welche Ziele wir verfolgen. Nur so werden wir Klarheit darüber gewinnen, was denn die fundamentalen Werte des Zusammenlebens sein sollen und wie wir sie anzuwenden gedenken. Da herrscht in unserer Gesellschaft überhaupt keine Einigkeit. Ebenso sind vielen Menschen die Quellen der Grundwerte weitgehend verschlossen – Folge des Bedeutungsverlustes der Kirchen, aber auch eine Abwesenheit der Suche nach den Quellen in Schulen und Hochschulen (was wiederum mit Ersterem zu tun hat). Hinzu kommt, dass viele Menschen über kein inneres Krisenmanagement verfügen, das ihnen erlaubt, mit den Verwerfungen des Lebens (eigenes Versagen, Krankheit, Tod) menschlich umzugehen – eine Ursache für die schnelle Verunsicherung. Ein solches Krisenmanagement fällt nicht vom Himmel – und setzt sich aus vielen einzelnen Teilen zusammen: Persönlichkeit, Glauben, soziale Haltung, Vorbild. Kinder können nicht früh genug den Schattenseiten und der Vielfalt des Lebens begegnen. Wer als Kind mit der Musikschule oder Kurrende in einer Flüchtlingsunterkunft gesungen hat und da das Elend der Menschen, aber auch die Freude über menschliche Zuwendung erlebt, wird sich den Grundwert der Menschenwürde schnell aneignen und kaum einer platten Fremdenfeindlichkeit verfallen. Das gleiche gilt für Begegnungen in Pflegeheimen, im Gefängnis, einer Obdachlosenunterkunft, in einer islamischen Gemeinde. Solch Ängste überwindendes Kennenlernen des und der Fremden bewirkt in Sachen Menschenwürde mehr als alles Reden. Wo diese Begegnungen aber nicht (mehr) stattfinden und dann auch noch das Selfie-Bewusstsein um sich greift, müssen wir uns nicht wundern über ein angstbesessenes Sicherheitsdenken und eine egomanische Kältherzigkeit gegenüber dem hilfsbedürftigen Nächsten (siehe die sehr interessanten Beobachtungen von Sandra Hoffmann in ihrem Buch „Die neuen Asozialen“).

5.5

Ganz wichtig ist, dass diejenigen, die in unserer Gesellschaft Führungspositionen innehaben (und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an), sich darüber im Klaren sind: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das prägt andere Menschen. Denn daran können andere ablesen, worauf es mir selbst ankommt. Daraus erwächst eine hohe Verantwortung – insbesondere auch für das Zusammenleben in der Demokratie und für die Aneignung der Grundwerte. Es geht nicht darum, dass wir die Grundwerte der Verfassung 100-prozentig umsetzen. Es wird immer ein Graben klaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Aber das eigene Scheitern wie der Missbrauch dürfen nicht zum Maßstab des Handelns werden. Maßstab muss die positive Kommunikation und Anwendung der Grundwerte bleiben. Darum sollten wir endlich damit aufhören, diejenigen, die sich an den Grundwerten orientieren und ihr Handeln danach ausrichten, als „Gutmenschen“, als „Träumer“, als „Illusionisten“ der Lächerlichkeit preiszugeben. Denn

unsere Gesellschaft wird nicht durch Zynismus zusammengehalten, sondern durch die, die sich seit Monaten in einer großen demokratischen Kraftanstrengung den Rechtspopulisten und Hetzern entgegenstellen und die sich Tag für Tag für Geflüchtete, für Obdachlose, für Pflegebedürftige einsetzen. Denen muss der Rücken gestärkt werden, anstatt sie durch medialen Dauerbeschuss mit den Dingen, die unbestritten schief laufen, zu demoralisieren. Eine Änderung der Gewichtung ist überfällig.

5.6

Was nun die ganz konkrete Flüchtlingsfrage angeht - also wie wir eine Reduzierung der ankommenden Flüchtlinge erreichen und die Integration der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, bewerkstelligen können, so müssen wir auf vielen Ebenen nach Lösungen suchen. Dazu gehören:

5.6.1

Das Grundrecht auf Asyl muss im Kern erhalten bleiben, wenn wir die Grundrechte unserer Verfassung als Basis für Integration ansehen.

5.6.2

Wir benötigen eine aktive Integrationspolitik: Bildung (Sprache, Lebensgewohnheiten und kulturelle/religiöse Traditionen lernen und mit den eigenen in Beziehung setzen), Wohnen (sozialer Wohnungsbau), Arbeit (vor allem Sprache lernen und Ausbildung/berufliche Tätigkeit kombinieren). Das erfordert ein großes Investitionsprogramm.

5.6.3

Die Aufnahme der Geflüchteten hat sehr schnell die eklatanten Schäden sichtbar gemacht, die in den vergangenen Jahren durch den sog. „schlanken Staat“ entstanden sind. Dadurch, dass die öffentliche Verwaltung wie die Polizei finanziell und personell ausgetrocknet wurden, sind sie jetzt den logistischen Herausforderungen kaum gewachsen. Dieser Mangel muss durch finanzielle und personelle Investitionen zeitnah behoben werden. Der Erfolg muss auch den Bevölkerungsgruppen in Deutschland zugutekommen, die unter der bisherigen Fehlentwicklung gelitten haben.

5.6.4

Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei: Es kann für Asylsuchende keine Obergrenze geben. Reduzierungen lassen sich nur erreichen über die Bekämpfung der Fluchtursachen, über die Stärkung der Flüchtlingsunterkünfte in der Nähe der Fluchtländer, über eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in der Europäischen Union. Letzteres ist ein politisches Muss, wenn die EU als Friedensordnung Bestand haben soll.

5.6.5

Spätestens jetzt ist die Zeit gekommen für ein Einwanderungsgesetz. In diesem lassen sich nicht nur Quoten festlegen. Damit wird auch die polemische Trennung von „wirklichen“ Asylbewerbern und sog. „Wirtschaftsflüchtlingen“ obsolet.

5.6.6

Die Willkommenskultur ist auszubauen zu einer Entwicklungsstrategie ausblutender Landkreise und Kommunen. Wenn Gemeinden und Landkreise die Ansiedelung von Flüchtlingen verbinden mit der Revitalisierung der Ortschaften und dabei alle Einrichtungen, Verbände, Vereine, Unternehmen, Kirchen/Religionsgemeinschaften vor Ort einbeziehen, dann entsteht ein gesellschaftliches Klima, in dem Integration gelingen kann.

Insgesamt wird es darauf ankommen, dass wir die Flüchtlingsfrage nicht als eine Katastrophe oder vorübergehende Beeinträchtigung des Lebens begreifen, vor der wir uns schützen

müssen bzw. die schnell vorübergehen wird, weil die Geflüchteten unser Land wieder verlassen werden. Vielmehr stehen wir vor der Herausforderung, im Innern und nach Außen Frieden zu bewahren und über unsere eigenen Lebensgrundlagen nachzudenken.

6 Wo bleibt die SPD?

Und nun ist die Frage: Wo bleibt die SPD in der Flüchtlingsfrage? In der Flüchtlingsdebatte ist es der SPD bis jetzt nicht gelungen, mit einer eigenen Position aufzutreten, die bei/m Bürger/in auch haften bleibt. Stattdessen scheint die deutsche Sozialdemokratie im Streit innerhalb der CDU und der CSU unterzugehen. Sie ist weder erkennbar noch präsent. Das ist für eine Partei, die vor drei Landtagswahlen steht und sich anschickt, einen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2017 zu nominieren, eine ziemlich bedenkliche Ausgangslage. Das eigentlich Gefährliche: Dieser Befund ist nicht Ergebnis einer Kampagne gegen die SPD; das würde ja voraussetzen, dass die SPD eine diskutabile, umstrittene Position einnimmt. Nein: Er ist hausgemacht. Denn es fällt auch einem SPD-Mitglied schwer herauszufinden, was denn die Position der Bundes SPD derzeit ist, wofür der Bundesvorstand, der Vorsitzende der SPD eintreten und einstehen.

Dazu als Illustration ein kleines Erlebnis: Mitte Januar 2015 wurden Vertreter/innen der Initiativen gegen Pegida etc. aus ganz Deutschland von Sigmar Gabriel zu einem Gedankenaustausch nach Berlin eingeladen. Es waren ca. 30 Personen versammelt. Einmal abgesehen vom kommunikationsfeindlichen Ambiente im Willy-Brandt-Haus – keine Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen, dafür saß man an zu einem riesigen Carré zusammengestellten Tischen mit gefühlten 30 Metern Abstand - alle waren sich einig in der Analyse, dass Pegida eine gefährliche rechtsradikale Bewegung ist. Zunächst hörte Sigmar Gabriel zu, dann fasste er am Schluss die Diskussion zusammen in einer Diktion, die klar machte: Eigentlich weiß ich alles – und drei Tage später trat er in Dresden mit Frank Richter auf, um mit Pegida-Leuten zu diskutieren (ohne eine Flüchtlingsunterkunft zu besuchen oder den Gruppen vor Ort den Rücken zu stärken). Persönlich empfand ich das als einen Schlag ins Gesicht – aber eben auch symptomatisch für die SPD.

Apropos Gesicht: Es gibt derzeit kein Gesicht, das die Position der SPD in der Flüchtlingsfrage verkörpert: Es ist weder Sigmar Gabriel noch Ralf Stegner noch Thomas Oppermann. Von einer Aydan Özoğuz, immerhin die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung im Rang einer Staatsministerin, hört man so gut wie nichts. Und auch die sozialdemokratischen Ministerpräsident/innen scheinen auf medialer Tauchstation zu sein. Wenn aber die SPD als gestalterische politische Kraft wahrgenommen werden will, dann muss sie jenseits aller tagespolitischen Erfordernisse in Grundfragen wie der Flüchtlingsbewegung, der Fluchtursachenbekämpfung und der Integration der Migranten eine klar umrissene Position entwickeln und diese durch ihre Mandatsträger/innen öffentlich kommunizieren – nicht zuletzt in den vielen sozialdemokratisch regierten Kommunen. Diese sollte zwei Erfordernissen genügen: Sie muss programmatisch sein, d.h. Gültigkeit behalten unabhängig davon, ob es morgen zu einem Terroranschlag oder einem Ereignis wie dem in Köln kommt; und sie muss in drei bis vier Leitsätzen öffentlich kommunizierbar sein, so dass von ihnen auch das alltägliche politische Geschäft abgeleitet werden kann. Hinzu kommt, dass sich die Grundsätze in das sozialpolitische Profil der SPD einfügen lassen. Wer auf die Homepage der SPD geht, findet dort unter dem Motto „Für unser Land – menschlich und weltoffen“ solche Grundsätze: <https://www.spd.de/standpunkte/fuer-unser-land-menschlich-und-weltoffen/>.

Diese sind durchaus überzeugend: Da geht es um die Gleichstellung von Mann und Frau, um Asyl und Einwanderung, Integration und gelebte Demokratie, um Friedenspolitik als Voraussetzung für Fluchtursachenbekämpfung.

Bleibt die Frage: Warum dringt das nicht in die Öffentlichkeit, noch nicht einmal in die Gliederungen der Partei durch? Warum werden diese Grundsätze nicht permanent öffentlich kommuniziert? Warum werden tagespolitische Kommentare und Entscheidungen von sozialdemokratischen Mandatsträger/innen nicht wie selbstverständlich eingebettet in diese grundlegenden Überlegungen? Wieso tritt die SPD auf der Grundlage dieser Standpunkte in der Großen Koalition nicht eigenständig auf? Könnte es damit etwas zu tun haben, dass es der SPD-Führung an einer Strategie mangelt und man sich viel zu opportunistisch den jeweiligen, medial gepushten Stimmungslagen ausliefert? Solche Unstetigkeit kann und darf sich eine Programmpartei wie die SPD nicht leisten. Sie sollte mit dem Selbstbewusstsein auftreten: Durch jeden Missbrauch, jede Gewalt- und Straftat werden die sozialdemokratischen Grundsätze in ihrer Notwendigkeit nur bestätigt. Darum muss das Schwergewicht der politischen Alltagsarbeit vor Ort in der Organisation, dem Angebot und der Finanzierung von Bildung, Arbeit, Wohnen und im Ausbau von Verwaltung und Polizei liegen.

Aus der Geschichte sozialdemokratischer Friedens- und Ostpolitik sollten wir gelernt haben: Irgendwann verbrauchen sich auch bewusst geschürte Ängste. Irgendwann müssen wir auf die zugehen, deren ideologische oder religiöse Ausrichtung uns jetzt noch abstößt. Irgendwann werden die Menschen in der arabischen Welt in ihrer Mehrheit spüren, dass ein eigenständiges Leben nur möglich ist unter den Bedingungen von Gleichberechtigung, gerechter Beteiligung an Bildung, Arbeit und Einkommen und kultureller und religiöser Vielfalt und innerem Frieden. Dieses „Irgendwann“ haben wir aus der zeitlichen Unbestimmtheit herauszuholen, indem wir die Menschen das bei uns und wie wir im Ausland agieren, jetzt schon erfahren lassen – nach dem alten Motto von Willy Brandt: *„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen.“* (Regierungserklärung 1969) Weil wir das durchaus geworden sind, suchen Menschen bei uns Zuflucht. Denn hier vermuten sie die gelebten Grundwerte solidarischen Miteinanders. Das setzt aber voraus, dass unsere dazu beizutragen, die innergesellschaftlichen Verfeindungszenarien aufzugeben und die Chancen und Aufgaben, die wir tatsächlich haben, in den Mittelpunkt zu stellen. An ihnen beteiligen sich Gott sei Dank jetzt schon Hunderttausende Deutsche wie Migranten. Dieses Potential gilt es kontinuierlich zu stärken und zu nutzen – nicht zuletzt durch die SPD.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.
Beratung für Kirche, Politik und Kultur
www.wolff-christian.de